



DANIEL LEDE ABAL



NEWSLETTER # 06.2014

Donnerstag 18. Dezember 2014

INHALT

Seite 1: Landes CDU • Seite 2: Neu im Büro von Daniel • Seite 3: Aktuelles zur Flüchtlingspolitik • Seite 5: Kurzmeldung und Termine

Liebe Freundinnen und Freunde,

intensive Wahlen zur Kommunal- und Europawahl und die Tübinger OB-Wahl – das hat uns natürlich alle sehr beschäftigt. Bei allen Wahlen haben wir als Grüne sehr gute Ergebnisse erzielt und auch mit der OB-Wahl auf der Landesebene ein klares Signal gesandt, dass wir unsere Rolle als große Regierungspartei verteidigen wollen. Ich wünsche Euch besinnliche Feiertage und einen guten Rutsch in ein Neues Jahr 2015...

Herzliche Grüße

Daniel Lede Abal



Meine Podiumsgäste: A. Linder (Flüchtlingsrat BW) & B. Deckwart-Boller (Sozialberaterin LEA Karlsruhe)

Landes-CDU: Köpfe rollen, Stühlerücken

Der ehemalige Tuttlinger Landrat Guido Wolf hat überraschend deutlich den CDU-Mitgliederentscheid zur Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 2016 gewonnen und distanzierte den CDU-Landesvorsitzenden Thomas Strobl mit 55,9 %. Das hat in der Landtags- und der Landes-CDU wieder einmal das große Stühle rücken ausgelöst.

Entgegen der Absprache mit Peter Hauk von Anfang des Jahres (die Hauk damals auch noch in der Presse verbreitet hatte) forderte Guido Wolf umgehend, selbst zum Fraktionsvorsitzenden gewählt zu werden. Ebenso fordert er wohl vom unterlegenen Thomas Strobl den Landesvorsitz der CDU.

Diese Ansprüche haben in der Landtags-CDU nun große Unruhe ausgelöst, da Hauk offensichtlich erst nicht weichen und anschließend für den Verlust des Fraktionsvorsitzes zumindest kompensiert werden wollte. Im Gegenzug dazu gibt es ein großes Interesse am Amt des Landtagspräsidenten, das Guido Wolf zwar abgeben muss, derzeit aber noch immer inne hat. In den Medien lassen sich bereits die ehemalige Landwirtschaftsstaatssekretärin Gurr-Hirsch, der ehemalige Finanzminister Stratthaus, die ehemalige Sozialministerin Stolz, der ehemalige Europaminister Reinhardt und sogar der wegen seiner unrühmlichen Rolle als Finanzminister beim EnBW-Deal als Landtagspräsident geschasste Willi Stächele handeln. Guido Wolf will offenbar noch bis zumindest in den Januar als Landtagspräsident amtieren, trotz seiner Rolle als designierter Herausforderer von MP Winfried Kretschmann – es hätte Guido Wolf gut angestanden, nicht als Landtagspräsident den Wahlkampf zu eröffnen. Das hat er versäumt.

Neu im Büro von Daniel Lede Abal

Frauenpower jetzt auch in Stuttgart. Seit November arbeiten Annika und Stella im Stuttgarter Büro. Hier stellen Sie sich vor.

Mein Name ist Stella Tauber und ich bin zusammen mit Annika Bohn die persönliche Mitarbeiterin von Daniel Lede Abal in Stuttgart. Wir teilen uns gemeinsam die Stelle von unserem Vorgänger Jan Marczona. Viele kennen mich noch aus Tübingen. Zuvor habe ich dort in der Gemeinderatsfraktion der AL/Grünen als „Mädchen für alles“ gearbeitet.

Ich arbeite noch Teilzeit bei einem Steuerberater als Geprüfte Betriebswirtin und freue mich, gemeinsam mit meinen Kolleginnen Annika und Nele den Daniel zu unterstützen.

Ehrenamtlich engagiere ich mich noch für die Initiative Arbeiterkind.de und als Mentorin bei BBQ und helfe dort jungen Arbeitslosen, eine Ausbildungsstelle zu bekommen.

Ich freue mich auf gute Zusammenarbeit und auf neue berufliche Herausforderungen!

(Bürozeiten: Mo. u. Mi. Vormittag, Do 9-17 Uhr)

Ich heiße Annika Bohn und bin zusammen mit meiner Kollegin Stella Tauber die Nachfolgerin von Jan Marczona. Daniel habe ich durch die Zusammenarbeit in der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des National-sozialistischen Untergrunds (NSU)“ kennengelernt, da ich dort als stellvertretende Fachberaterin für die Fraktion der Grünen tätig war.

Bisher habe ich inhaltlich zu den Themenfeldern Rechtsextremismus/Neonazis und Antirassismus gearbeitet. Ich war besonders in der politischen Bildungsarbeit tätig, in dem ich als Trainerin für das Netzwerk für Demokratie und Courage an Schulen Projekttag durchführte bzw. Multiplikator_innen weiterbildete.

Vor meiner jetzigen Anstellung arbeitete ich als Projektkoordinatorin des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus Baden-Württemberg und bin derzeit auch Ansprechpartnerin für den Aufbau einer Opferberatungsstelle der Amadeu Antonio Stiftung für Betroffene und Opfer rechter, rassistischer, antisemitischer und antiziganistischer Gewalt.

In meiner jetzigen Tätigkeit bin ich ansprechbar für die Themenfelder Migration, Asyl und Integration und alle Belange, die die Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen in Stuttgart betreffen. Darüber hinaus bin ich mit Stella zusammen verantwortlich für einen runden und „entspannten“ Arbeitsalltag und somit kümmern wir uns auch um viele weitere organisatorische Belange in und rund um Stuttgart.

Von Beruf her bin ich medizinische Ethnologin und Religionswissenschaftlerin. Das nur nebenbei.

Ich freue mich auf die vielen neuen Arbeitsfelder, in denen ich sicherlich viele interessante Themen vertiefen und neu kennenlernen werde und auf die Zusammenarbeit mit Daniel und meinen beiden Kolleginnen Stella und Nele!

(Bürozeiten: Mo. u. Di. 9-17 Uhr, Mi. 13:30 bis 16:30 Uhr)

Herzliche Grüße
Stella und Annika

Aktuelles zur Flüchtlingspolitik

Viel Neues in der Flüchtlingspolitik, im nächsten Jahr geht es weiter

Jahrelang war die Flüchtlingspolitik in Deutschland blockiert, genau genommen seit dem sogenannten Asylkompromiss in den frühen 1990er Jahren. Doch seit einigen Monaten erleben wir nicht nur einen starken Anstieg der Flüchtlingszahlen, sondern auch eine ganze Serie von Änderungen und Neuregelungen in der Asylgesetzgebung. Nachdem zum 1.1. 2014 das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) des Landes in Kraft getreten ist, hat innerhalb kurzer Zeit die grün-rote Landesregierung zwei Vereinbarungen mit der Bundesregierung zugestimmt, die weitreichende Folgen haben – und weiteren Änderungs- und Regelungsbedarf nach sich ziehen.

Der von Winfried Kretschmann einberufene Flüchtlingsgipfel im Oktober in Stuttgart hat wichtige Ziele erarbeitet, im kommenden Jahr wird das Land rund 300 Mio. € für Flüchtlingspolitik aufwenden – und das ist nicht einfach den gestiegenen flüchtlingszahlen geschuldet, sondern auch den damit verbundenen Verbesserungen bei Unterbringung, Versorgung, Gesundheitsversorgung, Spracherwerb, Integration und Aufnahme von Ausbildung oder Arbeit. Die Höhe der Kostenerstattungspauschale je Flüchtling wird noch immer in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zwischen dem Land und den Kreisen verhandelt – die Kreise haben die Abrechnungen für 2013 trotz anderer Zusage erst nach rund neun Monaten abgeliefert. Aber wir werden hier zu einer guten Entscheidung kommen und unterstützen die Kommunen beispielsweise auch durch ein Förderprogramm von jeweils 15 Mio. € für den Bau von Flüchtlingswohnheimen in den beiden kommenden Jahren.

Auf der Ebene der Stadt Tübingen hat dieses Engagement Fortsetzung gefunden durch den von der Stadt einberufenen Flüchtlingsgipfel, auf Kreisebene fehlt ein solches Unterfangen noch immer. Beim städtischen Gipfel gab es viele Vorschläge zur Integration, zur Unterbringung, zur Beschäftigung von Flüchtlingen. Wir sind hier in der vorteilhaften Situation, dass wir mit Bleiberechtsnetzwerk, mit Asylzentrum und vielen Ehrenamtlichen seit vielen Jahren über gut funktionierende Strukturen verfügen, auf denen wir aufbauen können und von deren Erfahrung wir jetzt profitieren können. Diese Strukturen gilt es zu stärken, auch über die große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung.

Die ersten Vereinbarungen von Winfried Kretschmann mit der Bundesregierung sind bereits in Kraft: Die neue Beschäftigungsverordnung ist seit 6. November in Kraft, ab 1.1. 2015 gelten dann die neuen Regeln zur Arbeitsaufnahme in Verbindung mit der Bewegungsfreiheit. Da erfolgt die Umstellung der Versorgungsleistungen von Essenspaketen auf Barleistungen auch in den Landkreisen (innerhalb und außerhalb Baden-Württembergs), die das bislang nicht wollten.

Wir werden in Baden-Württemberg ein neues Modell der Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge einführen, in Form einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge (orientiert an dem bereits existierenden „Bremer Modell“). Entgegen der Kritik von „Pro Asyl“ (die ich sonst sehr schätze) und der Linkspartei, werden erst durch den Kompromiss der grünen Bundesländer mit der Bundesregierung die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Bundesländer dies tun können – bisher ist das nur Kommunen möglich und die beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg haben diese Möglichkeit genutzt.

In Baden-Württemberg hätten dies die Stadt- und Landkreise übernehmen müssen, die haben aber kein Interesse erkennen lassen und auch eine Rahmenvereinbarung zwischen AOK, Kreisen und Landesregierung wäre (trotz der Bereitschaft der Landesregierung die Kosten zu tragen), wenn überhaupt wohl erst nach Jahren, zustande gekommen.

Erste Gespräche mit der AOK–BW haben wir bereits geführt und wir erhalten positive Signale. Aus dem Sozialministerium bedarf es jetzt einer zügigen Umsetzung sowie die Vereinbarung eines noch zu bestimmenden Leistungskatalogs, der aus unserer Sicht aber unbedingt über die bisherige Akutmedizin (nur bei Schmerzen und Gefährdung) hinaus gehen muss. Aber wir werden von der bisherigen diskriminierenden und vernachlässigenden Gesundheitsversorgung endlich Abschied nehmen, ebenso wie wir erreicht haben, dass einige Flüchtlinge künftig schneller aus den abgesenkten Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in die Leistungen nach Sozialgesetzbuch (SGB) wechseln werden. Ein großer Fortschritt, auch wenn wir das Ziel der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes noch immer nicht erreicht haben.

Beeindruckt waren wir – die grüne Fraktionsvorsitzende Edith Sitzmann, mein Kollege Manne Lucha und ich sowie viele MitarbeiterInnen der Fraktion – bei unserem Besuch in Meßstetten. Die dortige LEA setzt wirklich Maßstäbe und weckt natürlich auch die Erwartung, dass wir wie Probleme der LEA Karlsruhe endlich bereinigen. Aber in Meßstetten ist in kurzer Zeit wirklich eine Vorzeigeeinrichtung entstanden und wir verfolgen das Ziel, dass es nicht nur eine Vorzeigeeinrichtung ist, sondern auch die Maßstäbe für die anderen Standorte in Karlsruhe, Mannheim und vielleicht auch in Ellwangen Freiburg und Tübingen setzt.

Für die Beschäftigungssicherung von Flüchtlingen arbeiten wir an einem Modell der Arbeitsmarktförderung mit Bleiberechtsnetzwerken, BW Stiftung, Handwerk, Industrie und den Arbeitsagenturen, auch an einem entsprechenden Sprachangebot. Hierzu und vielen anderen Fragen im neuen Jahr mehr – die vielen Änderungen werfen auch noch viele weitere sozialrechtliche Fragen nach Trägerschaft, Versicherungsschutz usw. auf, auch diese Fragen müssen geklärt werden und wir hoffen, dass die große Koalition im Bund sich auch diesen Aufgaben stellt.

Besuch der Grünen Fraktion in der LEA Meßstetten:



Von links: Lothar Menning, Bürgermeister von Meßstetten, Grit Puchan, Regierungsvizepräsidentin des Regierungspräsidiums Tübingen, Günther-Martin Pauli MdL, Landrat des Zollernalbkreises, Manne Lucha, MdL, Daniel Lede Abal, MdL und Integrationspolitischer Sprecher der GRÜNEN im Landtag, Fraktionsvorsitzende Edith Sitzmann, Oliver Hildenbrand, Vorsitzender der GRÜNEN Baden-Württemberg, Hermann Strampfer, Regierungspräsident des Regierungspräsidiums Tübingen und Frank Maier, Leiter der LEA Meßstetten

Nebeneinkünfte bei Landtagsabgeordneten

SPD macht Vorstoß

Sie fordert, dass künftig alle Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg ihre Nebeneinkünfte nach den gleichen Regeln offenlegen wie dies Bundestagsabgeordnete tun. Vertreter von FDP und CDU sicherten zu, diesen Vorschlag prüfen zu wollen... und die Grünen? Machen das schon lange:

Die grüne Transparenz-Initiative:

<http://www.gruene-landtag-bw.de/fraktion/transparenz.html>

Infos zur finanziellen Entschädigung für Abgeordnete:

<http://www.gruene-landtag-bw.de/fraktion/transparenz/kleines-transparenz-glossar.html>

Infos zu den Abgeordneten findet Ihr jeweils auf der Profildseite der Fraktionmitglieder:

<http://www.gruene-landtag-bw.de/fraktion/abgeordnete.html>

Und hier sind die Infos zu mir:

<http://www.gruene-landtag-bw.de/fraktion/abgeordnete/abgeordnete/lede-abal.html>

Veranstaltungshinweise:

Europäische Gespräche und Frauengesundheitskonferenz

Europäische Gespräche
TTIP: Freiheit für den Handel- Schranken für die Bürger ?
Am Montag dem 26. Januar 2015 um 18.30 Uhr
Im Literaturhaus Stuttgart

Mit:

Maria Heubuch, MdEP Grüne

Dr. Stefan Hinz, stellv. Hauptgeschäftsführer Städtetag BW

Wolfgang Reimer, Ministerialdirektor im MLR

Moderation: Josha Frey, Europapolitischer Sprecher der Fraktion

Frauengesundheitskonferenz
Am Samstag, 31. Januar 2015, 10:30 - 17:00 Uhr
Im Kunstgebäude, Plenarsaal
Am Schlossplatz 2

Veranstalter:

Fraktion GRÜNE Landtag BW



Daniel Lede Abal, MdL
V.i.S.d.P

im Wahlkreisbüro: Nele Schönau

Am Lustnauer Tor 6 • 72074 Tübingen • Tel.: 07071/8895123 • Fax: 07071/8895131 • ledeabal.wk@gruene.landtag-bw.de

im Landtag: Jan Marczona

Konrad-Adenauer-Str.12 • 70173 Stuttgart • Tel.: 0711/2063-652 • Fax: 0711/2063-652 • daniel.ledeabal@gruene.landtag-bw.de

im Netz: www.ledeabal.de